

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Sonntag, 26. Juni 1938

Nr. 149

Aus dem Inhalt:

- Schwere Konfliktsstoffe in der „Ostmark“
- Lord Cecil gegen Chamberlain
- Flammende Anklage gegen Hilgenreiner
- Schon wieder ein Mercedes für Henlein
- Kann Deutschland Krieg führen?

Hitler war doch in Wien?

Der Korrespondent des „Evening Standard“ meldet am Samstag:

Trotzdem Nachrichten das Gegenteil behaupten, kann ich auf Grund bester Informationen sagen, daß Reichkanzler Hitler diese Woche in Wien gewest hat. Er traf dort am Samstagabend ein und blieb bis Mittwoch, worauf er im Auto nach Berchtesgaden zurückkehrte. Anlaß zu seiner Reise bildete der Umstand, daß die österreichischen Nationalsozialisten hinter dem Rücken des Chefs der Gestapo Himmler und des Reichskommissars Bürdel in der vergangenen Woche eine Delegation zu Hitler entsandt hatten, die sich bitter beschwerte, daß die deutschen Nationalsozialisten mit ihnen, wie mit einem überwältigten Volk umgehen und nach Wien strömen, um alle Stellen für sich in Anspruch zu nehmen, sowie daß die Gestapo, welche den Dienst der ehemaligen österreichischen Staatspolizei übernommen hat, mehr österreichische Nationalsozialisten als Feinde des Regimes verhafte.

Tausende von Männer und Frauen befinden sich im Gefängnis oder wurden in die Konzentra-

tionslager nach Norddeutschland geschickt, und zwar in Gesellschaft von Juden, die sie früher selbst verfolgt hatten. Sobald die österreichischen Nationalsozialisten sich auf Himmler beriefen, habe sich dieser unverzüglich gemeinsam mit Minister G o e b e l s nach Wien begeben. In Wien sei eine Konferenz hoher nationalsozialistischer Funktionäre einberufen worden, auf welcher die Gesamtfrage in Oesterreich behandelt wurde.

Nachrichten über die große Unzufriedenheit der österreichischen Nationalsozialisten verzeichnet auch der Reuters-Korrespondent in Berlin. Es ist wahr, sagt er, daß viele Oesterreicher den Anschluß bereits bedauern. Man ist der Ansicht, daß sich Hitler mit dem österreichischen Problem befaßt und daß er im geeigneten Augenblick einen seiner überraschenden Beschlüsse bekanntgeben wird, die bei ihm so bekannt sind. Die österreichischen Nationalsozialisten haben ihm bereits ihre Beschwerden vorgelegt, die aber nicht enthalten, was einem manifestanten Protest gleichkäme, da sie sich dadurch auf Gnade oder Ungnade der deutschen Gestapo ausliefern würden, die nichts duldet, was irgendwie nach Revolte riecht.

Zur innenpolitischen Situation

Der Stand der Verhandlungen über die nationale Frage

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen, welche zwischen der Regierung und den Vertretern der einzelnen Nationalitäten über das sogenannte Nationalitätenstatut geführt werden, länger dauern werden, als man ursprünglich annahm, so daß voraussichtlich das Parlament erst in der zweiten Hälfte Juli zusammentreten wird und die parlamentarische Behandlung des Statuts auch noch einen Teil des August in Anspruch nehmen dürfte. Der Apparat, der zu den Verhandlungen aufgebaut wird, ist schon jetzt, vor der Parlamentsberatung, ziemlich kompliziert. Zunächst hat der Ministerpräsident allein mit den Vertretern der Sudetendeutschen Partei, der deutschen Sozialdemokraten und den Vertretern der anderen Nationalitäten verhandelt, später ist an die Stelle des Regierungschefs ein siebenköpfiges Ministerkomitee getreten, dem fünf Unterhändler der SDP gegenüberstehen. Dann wurde einem großen Koalitionsausschuß Bericht erstattet, wozu noch später

der gemeinsame Ausschuß beider Häuser kommen wird. Dabei wird formal über zwei Dinge verhandelt. Die SDP hat der Regierung ein Memorandum überreicht, welches nun geprüft wird, auf der anderen Seite arbeiten die Experten der Regierung an den betreffenden Gesetzesentwürfen. Die Schwierigkeiten, die in der Materie selbst bestehen, werden sehr gut vom „Slovenský Glas“ charakterisiert, was man um so aufmerksamer beachten muß, als es sich um das Blatt des Ministerpräsidenten handelt. Das Blatt stellt einen großen Ideenunterschied zwischen Regierung und SDP fest:

Das Memorandum der SDP weicht wesentlich von dem ab, was wir als annehmbar betrachten. Man wird noch viel arbeiten müssen an der Annäherung der gegenwärtigen Standpunkte und auch diese Arbeit wird nicht leicht sein. Wenn trotzdem eine Plattform für die Verhandlungen gefunden wurde, muß man sich dessen bewußt sein, daß diese Plattform dünn wie erstes Eis ist und daß man sich auf ihr sehr vorsichtig bewegen muß.

Der „Venkov“ beschränkt zwar den Geist Ezechias und weist auf dessen Verhandlungsgeschick hin. Aber hier liegt die Situation doch anders, denn die beiden Verhandlungspartner agieren sozusagen auf zwei verschiedenen Ebenen, die demokratische und totalitäre Weltanschauung stehen einander gegenüber und hier einen Ausgleich zu finden, gehört zu den denkbar schwierigsten Aufgaben.

Was die Materie der Verhandlungen selbst betrifft — wenn man von dem SDP-Memorandum absieht, welches eine Reihe unmöglicher und undurchführbarer, wohl auch nicht ernst gemeinter Vorschläge enthält, — ergeben sich folgende Fragen:

1. Die Sprachenfrage, d. h. die Abmilderung der bisherigen Härten des Sprachengesetzes, wobei, wie „Křovní Střed“ zu wissen angibt, der Paragraph 2 des bisherigen Sprachengesetzes in dem Sinn abgeändert werden wird, daß die erforderliche zwanzigprozentige Minderheit für den Gebrauch der Sprache der betreffenden Nationalität auf zehn Prozent herabgesetzt wird. Auf diesem Gebiete sind also die Tschechen zu Konzessionen bereit, weniger auf jenem der inneren Amtssprache, wo noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind.

2. Die Proportionalität, d. h. der Anteil der einzelnen Nationen an den öffentlichen Stellen. Dies war schon in den Vereinbarungen mit den aktivistischen Parteien vorgesehen und es handelt sich nun um die raschere Durchführung. Dabei wird die Frage zu entscheiden sein, ob der Proporz für den gesamten Staat, Länder- oder bezirksweise gilt.

3. Selbstverwaltung: in der Gemeindegesetzgebung dürfte nicht viel geändert werden, mehr in der Bezirks- und Landesverwaltung. In den Bezirken sollen die Bezirksvertretungen mit einem gewählten Obmann an der Spitze einen größeren Wirkungsbereich erhalten, daselbst gilt von den Landesvertretungen, die zu Landtagen mit einer gewissen gesetzgebenden Tätigkeit ausgestaltet werden sollen. Mit dieser Frage befaßten sich auch die englischen Blätter, „Daily Express“ berichtet, daß die autonome Selbstverwaltung von Grund auf umgestaltet werden soll.

Barcelona droht mit Repressalien

Gegen Francos Helfershelfer / Paris und London befürchten schwere Komplikationen

London. Das Reutersbüro meldet aus Paris: „Die Meldung, derzufolge die spanische republikanische Regierung die französische und die britische Regierung dahin informiert habe, daß sie sich zu Vergeltungsmassnahmen nicht nur gegen nationalspanische Städte, sondern auch gegen fremde Länder genötigt sehen könnte, welche die republikanische Regierung wenigstens teilweise für die Bombardierungen in Spanien als mitverantwortlich ansieht, wird bestätigt. Die französische Regierung hat ohne Verzug die Regierung von Barcelona in der nachdrücklichsten Weise zur Vorsicht gemahnt und man kann der begründeten Meinung sein, daß auch die britische Regierung daselbst tun wird. Wenn sich die spanische Regierung zu Repressalien entschließen sollte, crachtet man es für höchst unwahrscheinlich, daß sie Städte an dem spanischen Festlande bombardieren lassen würde, weil das ihrer Politik vollkommen widersprechen würde.“ (Es käme also wohl nur die große Flotten- und Fliegerbasis Francos auf der Insel Mallorca in Betracht, die de facto in den Händen der Italiener ist. D. Red.)

An britischen amtlichen Stellen erfahren diese Gerüchte keine Befätigung. Nichtsdestoweniger wird zugegeben, daß sie in den letzten drei Tagen in London kursierten und auch an amtliche Stellen gelangten. Es wird darauf verwiesen, daß derartige allfällige Vergeltungsmassnahmen große Gefahren in sich bergen würden und daß sie auch ernste internationale Folgen haben könnten. Man glaubt, daß das Bewußtsein dieser Gefahr die spanische Re-

gierung davon abbringen würde, derartige Schritte zu unternehmen.

Drohende Sprache Roms

Rom. (Tsch. P. B.) Zu den Repressalien-Drohungen der Valencia-Regierung wird in hiesigen unterrichteten Kreisen erklärt, daß in einem solchen Falle Italien in der Tat nicht mit

45.000 Mann hat Franco seit April verloren

London. Der Korrespondent des „Daily Express“ in Valencia meldet: „Seidem die Rebellen am 15. April bei Binaros das Mittelmeer erreicht und so das republikanische Spanien in zwei Teile zerschnitten haben, hat es Franco 45.000 Mann gekostet, um den besetzten Küstenstreifen um 50 Meilen (80 Kilometer) zu vergrößern. Die Regierungstruppen verteidigen ein flaches Gelände, wo sie keinen anderen Schutz gegen die Tanks und das Geschützfeuer haben als die schnell gezogenen Schützengraben und wo sie um jeden Fuß Boden kämpfen.“

Seit dem 15. April haben sich mehr als 110.000 Freiwillige zur Armee der Republik gemeldet. Der Widerstand des republikanischen Volkes ist somit nicht nur nicht gebrochen, sondern er ist — nicht zuletzt durch die verbrecherischen Angriffe der Rebellen und ihrer Bundesgenossen auf die Zivilbevölkerung und auf die Schiffe und das Eigentum befreundeter Nationen — zur höchsten Entfaltung gebracht worden.

Frontbericht vom Freitag

Barcelona. Am Mitternacht zum Freitag haben die republikanischen Truppen an der Levantefront in glänzendem Gegenangriff den Abhang Rodoor im Abschnitt Villahermosa sowie die Höhen 217 und 191 erobert. Die auf diese Stellungen gerichteten Angriffe des Feindes mit Hilfe von Flugzeugen wurden völlig zurückgeschlagen. Die Rebellen haben erhebliche Verluste erlitten. Rebellenangriffe in den Abschnitten La Puebla de Balverde, Vallbona und Onda wurden gleichfalls gänzlich abgewiesen.

Schweizer Neutralität wertlos?

Hinterüren in der deutschen Garantieerklärung

London. Der Anerkennung der Neutralität der Schweiz durch Deutschland und Italien wird in der englischen Presse Aufmerksamkeit gewidmet. Der Berliner Korrespondent der „Times“ berichtet, es habe viel Interesse erweckt, daß die

Protestnoten antworten, sondern die Kanonen sprechen lassen würde.

Genève. (Neuter.) Die Regierung der Kantonschweizer hat eine offizielle Erklärung veröffentlicht, in der behauptet wird, daß die republikanische Regierung auf den Flugplätzen in Valencia, Cartagena und Rosas bereits Flugzeug-Eskaladillen vorbereitet, die fremde, insbesondere italienische Schiffe beim Verlassen von Häfen der Kantonschweizer angreifen sollen.

Der „Deutschen Presse“ zum Nachdruck:

Berlin. Der Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei Himmler hat auf Grund der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat sämtliche katholische Studenten- und Akademikerverbände einschließlich aller Untergliederungen und angeschlossenen Vereinigungen aufgelöst.

Zwei japanische Kanonenboote versenkt

Hankau. (Neuter.) Eine Eskadre von chinesischen Bombenflugzeugen versenkte Samstag vormittags auf dem Jangtse oberhalb Ankang zwei japanische Kanonenboote. Japanische Flugzeuge verfolgten die chinesischen Bomber, doch konnten diese vollständig zu ihrer Basis zurückkehren, nachdem sie in Luftkämpfen fünf der japanischen Verfolger über Wuhu abgeschossen hatten.

Japanische Truppen, die am Südufer des Jangtse bei Hsianshan angedockt worden waren, mußten nach scharfen Kämpfen mit den chinesischen Verteidigern den Rückzug auf die Schiffe antreten, wobei sie 3000 Tote und Verletzte zurückließen.

Im Norden der Provinz Schanxi haben chinesische Truppen die wichtige Station an der Tsinpu-Eisenbahn, Sintau, neuerlich besetzt und von hier aus den Aufmarsch in der Richtung

gegen die Hauptstadt der Provinz Tajuang begonnen. Nach heftigen Straßenkämpfen wurde auch die Stadt Linfang, wo sich ein wichtiger Flugplatz befindet, von den Chinesen besetzt.

Die Verbindung mit Kanton unterbrochen

Kanton. (Neuter.) Ein Geschwader von 33 japanischen Flugzeugen bombardierte den Südschnitt der Eisenbahn von Hankau nach Kanton und richtete dort riesige Schäden an. Der gesamte Verkehr wurde auf dieser Strecke ein- weilten eingestellt.

Tokio. Der Kriegsminister erklärte in Anjo, daß die Friedensgerüchte unzureichend seien; vielmehr sei Japan selbst für einen zehnjährigen Krieg gerüstet.

Neuer Kurs im polnischen Legionärsverband

Warschau. Auf dem Kongreß des Legionärsverbandes, der bekanntlich im politischen Leben Polens eine große Rolle spielt, trat der bisherige Vorsitzende Oberst K o c zurück. Zu seinem Nachfolger wurde Verkehrsminister N i e c h gewählt. N i e c h ist aktives Mitglied der Organisation „Bargewie“, welche in der letzten Zeit eine besonders scharfe Stellung gegen die nationalsozialistische Propaganda unter der deutschen Minderheit in Polen eingenommen und vor kurzem sogar die Auflösung aller nationalsozialistischen deutschen Organisationen auf polnischem Gebiet verlangt hat.

